



Eine Weiterbildungsoffensive für Sozialhilfeempfänger

Verbände fordern ein Umdenken – und mehr Geld

Bern. Weiterbildung soll es 75 000 Sozialhilfebezügern und -bezügern ermöglichen, eine Stelle zu finden. Die Konferenz für Sozialhilfe (Skos) und der Verband für Weiterbildung lancieren eine Weiterbildungsoffensive (SVEB) und fordern dafür Geld von Bund und Kantonen. Von rund 273 000 Sozialhilfeempfängern im Jahr 2016 waren knapp 194 000 volljährig. Die Hälfte von ihnen hat keinen Berufsabschluss, 30 Prozent haben Schwierigkeiten mit Grundkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen, wie die Konferenz für Sozialhilfe und der Verband für Weiterbildung gestern in einer gemeinsamen Mitteilung schrieben.

Sozialdienste schätzten in einer Umfrage der Skos, dass 40 Prozent der Erwachsenen mit Sozialhilfe – also landesweit rund 75 000 – mit Weiterbildung mehr Chancen auf eine berufliche Integration haben. Einige Sozial-

dienste und Sozialämter haben bereits Angebote für diese Menschen, und in Pilotprojekten werden Ansätze erprobt.

Skos und SVEB schlagen in ihrer gestern präsentierten Strategie ein dreistufiges Modell vor: Erwerb von Grund- und Alltagskompetenzen, danach Qualifikationen unterhalb des Niveaus einer Lehre und das Absolvieren einer Berufsunterlehre oder einer Attestlehre.

Stipendien in jedem Alter

Die beiden Verbände fordern ein Umdenken: Um Menschen mit Sozialhilfe zu einer Erwerbsarbeit zu verhelfen, brauche es nicht Beschäftigung im zweiten Arbeitsmarkt, sondern zielgerichtete und begleitete Weiterbildung nahe am regulären Arbeitsmarkt. Die Qualifizierung müsse so gründlich wie nötig sein. Vom Bund fordern Skos und SVEB für die Jahre 2021 bis 2024 einen «substanziellen Kredit» für ihr Vor-

haben – einen Betrag nennen sie nicht. Von den Kantonen verlangen die Verbände, den Anspruch auf Stipendien auf alle Altersgruppen und auf alle Ausbildungen auszuweiten, die an die obligatorische Schule anschliessen. Die Stipendien sollten die Existenz möglichst vollumfänglich sichern. Ebenso müssen die Kantone für passende Bildungsangebote sorgen.

Die Sozialdienste wiederum müssen sicherstellen, dass Bezüger und Bezügerinnen von Sozialhilfe eine Standortbestimmung erhalten. Auch müssen sie mit den Bildungswilligen verbindliche Ziele festlegen. Skos und SVEB sehen ihre Weiterbildungsoffensive auch als Beitrag zur Ausschöpfung des Arbeitskräfte-Potenzials im Inland: Ausbildung für eine Arbeit bringe nicht nur Sozialhilfebezügern weiter, sondern nütze auch der Wirtschaft und der Gesellschaft. SDA